

Erzgebirgischer Volksfreund

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Schwarzenberg und Zwickau, sowie der Staats- u. Städtischen Behörden in Aue, Grünhain, Marienstein, Johanngeorgenstadt, Löbnitz, Neustädtel, Schneeberg, Schwarzenberg bzw. Wildenfels.
Verlag von C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.
 Fernsprech - Anschluss: Aue 81, Löbnitz (Ami Aue) 440, Schneeberg 10, Schwarzenberg 19.
 Drahtanschrift: Volksfreund Erzgebirge.

Erzgebirgischer Volksfreund ist ein amtliches Organ der Amtshauptmannschaften Schwarzenberg und Zwickau. Das Blatt ist die einzige Zeitung im Erzgebirge, die amtliche Bekanntmachungen der Behörden enthält. Der Preis beträgt monatlich 3.00 Mark. Der Abonnementpreis beträgt 30.00 Mark. Der Einzelheftpreis beträgt 1.00 Mark. Der Anzeigenpreis beträgt 1.00 Mark pro Zeile pro Tag. Der Druckort ist Aue. Der Verleger ist C. M. Gärtner. Die Redaktion ist in Aue. Die Druckerei ist in Aue. Die Abnahme ist in Aue. Die Zustellung ist in Aue. Die Abnahme ist in Aue. Die Zustellung ist in Aue.

Nr. 145.

Freitag, den 24. Juni 1921.

74. Jahrg.

Im hiesigen Handelsregister ist heute eingetragen worden:

1. Auf Blatt 576 die Firma **Wapola-Nachspiele Verthold & Schneider** in Aue. Gesellschaftler sind a) der Tischspieltheaterbesitzer **Mag. Verthold**, b) die Tischspieltheaterbesitzerin **Helene Wapola** verw. **Schneider**, c) der minderjährige **Eduard Wapola Schneider**, sämtlich in Aue. Die unter b) und c) Genannten sind von der Vertretung der Gesellschaft ausgeschlossen. Die Gesellschaft ist am 1. April 1921 errichtet worden.
2. Auf Blatt 564, die Firma **Ernst Schner, Aktiengesellschaft, Textilmaschinenfabrik** in Aue betr., daß sich die Stellvertreterin des Obergerichtsrats **Bruno Sarfert** für das behinderte gemeinsame Vorstandsmitglied **Richard Großer** erhebt.
3. Auf Blatt 519, die Firma **Ernst Schmutzger** in Aue betr.: Die Firma ist erloschen.

Amtsgericht Aue, den 17. Juni 1921.

Im Handelsregister des unterzeichneten Amtsgerichts ist eingetragen worden:

- 1., am 13. Juni 1921, auf dem Blatte 459, die Firma **C. W. Breißfeld** in Arnoldschammer-Rittersgrün betr., daß dem Kaufmann **Franz Wollner** daselbst Prokura erteilt worden ist;
- 2., am 14. Juni 1921, auf dem Blatte 732, die Firma **Scherig & Kreutel** vorm. **Ernst Hermann Scherig** in Bernsbach und als deren Geschäftsführer der **Klempner Paul Max Scherig** und der **Klempnermeister Max Oskar Kreutel**, beide in Bernsbach. Die Gesellschaft ist am 17. März 1921 errichtet worden. Gegenstand des Unternehmens: Betrieb einer Blech-, Draht- und Lackwarenfabrik;
- 3., an demselben Tage, auf dem Blatte 733, die Firma **Gasversorgung Erzgebirge-West, Gesellschaft** mit beschränkter Haftung. Der Sitz der Gesellschaft ist Schwarzenberg. Der Gesellschaftsvertrag ist am 28. April 1921 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens sind die Erzeugung, der Bezug und die Lieferung von Licht-, Heiz- und Kraftmitteln, die Errichtung der hierzu erforderlichen Werke und Anlagen, die Pachtung und Verpachtung, der Erwerb und die Veräußerung derartiger Unternehmungen, die Beteiligung an anderen Unternehmungen dieser Art und der Betrieb aller mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängenden Geschäfte. Das Stammkapital beträgt 200 000 Mark. Zum Geschäftsführer ist der Gasdirektor **Ingenieur Franz Topper** in Schwarzenberg bestellt. Die Gesellschaft wird durch einen oder mehrere Geschäftsführer vertreten. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so ist zur Zeichnung der Firma die Unterschrift zweier Geschäftsführer und wenn Prokuristen bestellt sind, die Unterschrift zweier Geschäftsführer oder eines Geschäftsführers und eines Prokuristen erforderlich;
- 4., am 17. Juni 1921, auf dem Blatte 599, die Firma **Chemischer Bankverein, Zweigstelle Schwarzenberg**, Zweigstelle der Aktiengesellschaft in Firma **Chemischer Bankverein in Chemnitz**, daß die Bestimmungen in § 19 des Gesellschaftsvertrags durch Beschluß der Generalversammlung vom 7. Mai 1921 laut Notariatsprotokolls von diesem Tage ergänzt worden sind.

Amtsgericht Schwarzenberg, am 18. Juni 1921.

Schwarzenberg. Krankenhofmarkennummernausch.

Der Umlauf der Bezirksmarken in Krankenhofmarken erfolgt für die Einwohner im 1. b's 5. Bezirk am Freitag, den 24. Juni 1921, vormittags 8-1 Uhr im Ernährungsamt, für den Stadteil Neuwelt zur gleichen Zeit in der Verwaltungsstelle Neuwelt.
 Schwarzenberg, den 22. Juni 1921.
 Der Rat der Stadt. — Ernährungsamt.

Johanngeorgenstadt. Gemeindesteuerordnung.

Der mit Genehmigungsvermerk versehenen 5. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung für Johanngeorgenstadt vom 29. Januar 1921 — die Eintritts- und Ausbrotsteuer betr. — liegt in der hiesigen Stadtkassendirektion während der üblichen Dienststunden zur öffentlichen Einsichtnahme aus.
 Johanngeorgenstadt, am 22. Juni 1921.
 Der Bürgermeister.

Schwarzenberg. Pflichtfeuerwehr betr.

Die Pflichtfeuerwehr wird für das laufende Jahr zu 6 Uebungen aufgerufen. Dienstpflichtig sind alle diejenigen, die in den Jahren 1891 bis mit 1901 geboren sind. Vom Dienst bei der Pflichtfeuerwehr kann sich ab lösen, wer einen der Feuerlöschhelfer zuzurechnenden Beitrag für das Jahr in Höhe von 10.— Mark leistet. Anträge auf Ablösung sind bis zum 1. Juli 1921 unter Hinterlegung der obengenannten Ablösungsgebühr im Stadthaus II — Polizeiabteilung — zu stellen. Die Uebungsliste werden noch bekannt gemacht.
 Schwarzenberg, am 22. Juni 1921.
 Der städtische Branddirektor.

Hubholz-Versteigerung.

In der Bahnhofswirtschaft **Witzschhaus**, Freitag, den 1. Juli 1921, vorm. 8 Uhr:
 184 fl. Stämme 20-22 cm Stark, 157 fl. Stämme 22-33 cm Stark,
 3219 fl. Stämme 7-15 cm Stark, 607 fl. Stämme 16-22 cm Stark, 1848 fl. Stämme 23-51 cm Stark,
 in Abl. 17, 23, 42, 43, 44, 59, 60, 61, 63, 64, 66, 74, 75, 76 und 77.
 Staatsforstverwalterverwaltung Carlsfeld.
 Carlsfeld, den 23. Juni 1921, vorm. 9 Uhr, sollen im Versteigerungslokale des Amtsgerichts Schwarzenberg
 eine 14kar. goldene Herren-Uhr und
 eine 14kar. goldene Herren-Uhrkette mit Double-Medaillon
 meistbietend öffentlich versteigert werden.
 Schwarzenberg, den 23. Juni 1921.
 Der Gerichtsvollzieher.

Dienstag, den 28. Juni 1921, vorm. 9 Uhr, soll in **Wauter**
 ein **Pianosorte**
 meistbietend öffentlich versteigert werden.
 Sammelort der Bieter: **Gasthof „Zum Löwen“** daselbst.
 Schwarzenberg, den 23. Juni 1921.
 Der Gerichtsvollzieher.

Falsche Taktik.

— I. In Dresden wird ein unabhängiger Abgeordneter, der sich durch seinen Radikalismus immer besonders ausgezeichnet hat, durch Erwerblose von der Straßbahn heruntergezerrt und verprügelt. „Früher hast Du Lump und aufgehört, jetzt aber ist Deine soziale Frage gelöst. In die Erde mit Dir wie mit Neuring“, wird ihm dabei zugerufen. Von der Polizei (welche die Unabhängigen in den Parlamenten für eine ganz überflüssige Einrichtung bezeichnen, wenn sie es aus demagogischen Gründen gerade für richtig halten) wird Menke vor dem Schicksal Neuring's oder dem des Filzgerhauptmanns Verthold, den man in Hamburg zu einer unförmlichen Waffe zertrat, gerettet.

In Berlin stürmen arbeitlose Demonstranten das Haus der Gewerkschaften, sprengen eine Konferenz der Betriebsräte, zertrümmern Fenster und Einrichtung, schlagen den fast hiebzehnjährigen Mehrheitssozialisten Sabbat und 6 andere Gewerkschaftsbeamten halbtot und lassen Uhren und Briefkästen mitgehen. Der Kassierer des Zentralverbandes der Altpfasteure, die zu den radikalsten Berliner Arbeitern gehören, wird mißhandelt und die Geldtasche wird ihm abgenommen. Den Teilnehmern der Reichskonferenz der Betriebsräte des Deutschen Transportarbeiterverbandes, deren Radikalismus gleichfalls bekannt ist, ruft man zu, sie seien ebensolche Verräter wie die Gewerkschaftsbeamten und sie müßten zum Teufel gejagt werden.

Im Reichstage aber redet man unterdessen tagelang über den blutigen Punkt, der über Bayern, der „Ordnungszelle“ liege und die sozialistischen Zeitungen aller Richtungen schreiben von Mörderzentralen des verruchten Bürgerpads.

Während es in diesem System gehört, daß jede Straßentempelle, wie sie täglich irgendwo im deutschen Reich vorkommt, als Ausfluß reaktionärer Hege gekennzeichnet wird, wenn die falsche Seite Prügel kräftigt, trägt kein Hahn nach allerhand Erscheinungen, welche der demokratische „Freiheitsdrang“ mit sich bringt. So veranstalteten die sozialistischen Parteien und Gewerkschaften in Tilsit eine Massendemonstration gegen die „reaktionären Proletariermörder“. Dabei wurden die verhassten Teilnehmer gewalttätig gegen die Polizeibeamten und versuchten die Wache zu stürmen, wobei es Verwundete gab. In der Versammlung einer bürgerlichen Partei in Hohenseide, Kreis Friedland, drohte der anwesende sozialistische Führer den Redner „toll zu machen“. Zwei Schüsse auf Letzteren gingen fehl. Bei Aiel wurden Angehörige einer nationalen Jugendgruppe von den Mitgliedern eines sozialdemokratischen Gesangsvereins überfallen und schwer mißhandelt.

Das ist so eine kleine Blütenlese aus den letzten Tagen. Die Saat des Hasses, der seit Jahren die Spalten auch gewisser mehrheitssozialistischer Zeitungen fällt, geht auf. Wenn sich der Haß gegen die eigenen Genossen mit fast größerer Wut als gegen das Bürgertum richtet, so sollte dies ein Memento für die Führer der mehrheitssozialistischen Partei sein. Mißlich läßt sich der Herr

Minister Fellisch, der doch einen bestimmenden Einfluß auf einen Teil der mehrheitssozialistischen Presse ausübt, einmal diese Zusammenhänge durch den Kopf gehen, und macht er sich klar, daß seine Politik auch eine Rekrutierung hat. Die Radikalen unterliegen unter gewissen Voraussetzungen den noch Radikaleren, das ist ein ungeführtes Gesetz jeder Parteipolitik.

Die Eintigung aller sozialistischen Parteien, die Fellisch und seine Gruppe unter Preisgabe aller wahrhaft sozialistischen Grundzüge betreibt, soll im Zeichen der Ermordung des Abg. Gareis vor sich gehen. Den Erfolg dieser Taktik zeigen die Vorgänge in Berlin und Dresden. Eine Eintigung könnte allerdings zu gesünderen innerparteilichen Verhältnissen führen und damit dem Bürgerturne nur erwünscht sein. Allerdings auf die Chemnitzer Art geht es nicht, welche die anerkannten Führer der Mehrheitspartei, in Sachsen z. B. Frähdorf und Siederemann, kalt stellt. Ein Erfolg wird nicht durch fortgesetztes Nachgeben und durch Streichen der Radikalen gewährleistet, sondern dadurch, daß man ihnen zur rechten Zeit auch einmal ganz energisch die Zähne zeigt. Die Beispiele Neuring und jetzt Menke sollten schreden. Allerdings ist leider keine Aussicht vorhanden, daß die Landesversammlung der sächsischen M.S.P., die bald stattfinden soll, sich schon jetzt auf diesen Standpunkt stellt. Es muß wohl erst noch schlimmer kommen, ehe eine vernünftige sozialistische Parteipolitik sich durchsetzt.

Kommunisten und Verwaltungsbesitz in Preußen.

Der preussische Minister des Innern hat an die Oberpräsidenten usw. einen Erlaß gerichtet, in dem es heißt:

Nach der Haltung, welche die Kommunisten bei den letzten Wahlen gezeigt haben, und ihrer fortgesetzten in Wort und Schrift bekundeten, auf den gewalttätigen Umsturz der bestehenden Staatsordnung gerichteten Propaganda können Anhänger dieser Richtung nicht für geeignet erachtet werden, ein wichtiges obrigkeitliches Amt in der Staats- oder Gemeindeverwaltung, insbesondere das eines Landrats, Amtsvorstehers, Bürgermeisters oder Gemeindevorstandes zu bekleiden.

Der Minister ersucht deshalb in allen Fällen, in denen über die Befähigung der Wahl einer der kommunistischen Richtung angehörenden oder für sie wirkenden Person für ein solches öffentliches Amt Entscheidung zu treffen ist, nach diesem Gesichtspunkte zu verfahren.

Dazu wird amtlich folgende Erklärung abgegeben:
 Die Gründe für diesen Schritt des Ministers liegen auf der Hand. Es ist, zumal in Zeiten, wie den gegenwärtigen, ein Ding der Unmöglichkeit, auf Vorken, die mit zum Teil weitgehenden örtlichen polizeilichen und anderen obrigkeitlichen Vollmachten und Nachmitteln ausgestattet sind, Männer zu setzen, die, wie die Angehörigen der K. P. D., sich für ihre politischen Kämpfe außerparlamentarischer Nachmitteln aus dem Arsenal der Unrechtmäßigkeit und des blutigen Terrors bedienen. Die Bevölkerung hat das Recht, zu verlangen, daß sie durch die Polizeikräfte der Regierung vor kommunistischen Gewalttaten geschützt, nicht aber etwa kommunistisch gestimmten Behörden auf Leben und Tod ausgeliefert wird.

Diesen Erlaß kritisierte der frühere preussische Minister des Innern, der Mehrheitssozialist **Covering**, wobei er zum Ausdruck

brachte, „so etwas sage man nicht, so etwas tue man.“ Auch ein Beitrag zur Politik der K. P. D.

Eine Erklärung des bayerischen Ministerpräsidenten.

München, 22. Juni. Im Landtag gab Ministerpräsident von **Kahr** in Beantwortung der Interpellation der Unabhängigen und Mehrheitssozialisten wegen der Ermordung des Abg. **Gareis** namens der Regierung dem Willen über die Tat Ausdruck. Vor der endgültigen Aufklärung habe man kein Recht, den Mord als politisch hinzustellen. Die Regierung habe nationalistischen Chauvinismus niemals gebilligt. Wo Rechtsmäßigkeiten zum Einwirken gegen die Nichttaultras gegeben gewesen seien, sei stets eingegriffen worden. Die tiefsten Ursachen des gegenseitigen Mißtrauens zwischen Nord und Süd, zwischen Reichs- und bayerischer Politik liegen in dem mangelnden Verständnis dafür, daß die wirtschaftliche und soziale Struktur Bayerns anders ist als die im Reich, was sich in gewissen, besonders einflussreichen Teilen des Reichs dahin ausspreche, daß die bayerische Politik immer mehr nach rechts gerückt sein müsse, als diejenige im Reich. Wollte man erstlich die Atmosphäre verbessern, so müßte man diese grundsätzlichen Dinge ansprechen. Die Regierung richte an alle das dringende Mahnung, mit ihr zusammen unter Zurückstellung aller Sonderwünsche und aller Klassen- und Parteigegegensätze dem Ziel zuzustreben, das allein heute Berechtigung hat: das Vaterland zu retten und der Not und dem Elend zu steuern, in das wir geraten sind.

Von 14 meinen Juden . . .

Bei der Reichstagsdebatte zum Große Gareis wurde des öfteren als Beweis für die Unsicherheit in Bayern nach der Ueberfall des sozialistischen Abgeordneten Sängers nach einer Verklammerung hingewiesen. Wie der „E. V.“ schon mitteilte, ist der Attentäter, ein Kaufmann **Abram**, jetzt verhaftet worden. Er war, wie er am 11. in jener Verklammerung wegen seines Zwischenrufes verurteilt und ausgeworfen worden. Auf dem Heimwege ging er hinter Sängers her, der sich in Begleitung mehrerer Damen befand, und will gehört haben, wie eine der Damen ihre Freude über den Hinmord ausbrückte.

Dr. Wirth über die neuen Steuern.

Berlin, 22. Juni. In der heutigen Sitzung des Reparationsausschusses des Reichswirtschaftsrats sprach Reichsminister Dr. **Wirth** über die Frage der Deckung der aus dem Ultimatum erwachsenden Verpflichtungen. Ohne schon ein abschließendes Programm für die gesamte Deckung zu geben, schilderte der Reichsminister die Gesamtansätze, die zurzeit in Arbeit und bis zu einem gewissen Abschluß schon gelangt sind. Genannt wurden die Zuckersteuer, die Einführung des **Schäffler-Monopols**, die Kenderung des **Baumwein-Monopols**, die neue **Abperschafsteuer**, die **Kennzeichensteuer**, **Leuchtmittelsteuer**, **Landwirtschaftersteuer**, **Tabaksteuer**, **Biersteuer** und **Mineralwassersteuer**.

Die Entwürfe sind sämtlich im Kabinett genehmigt. Geplant sind ferner eine **Kapitalverkehrssteuer**, **Versicherungssteuer**, **Umsatzsteuer** und **Kraftfahrzeugsteuer**. Eine **Erhöhung der Zölle**, insbesondere auf **Kaffee**, **Tea**, **Kakao** und **Fertig-Erzeugnisse** ist vorgesehen. Besprochen wird zurzeit die Frage der **Erhöhung der Zölle**, deren wirtschaftliche Folgen eingehend vorher geprüft werden müssen.

Die wirtschaftliche Lage.

Berlin, 22. Juni. Im Reichstagsausschuß für Volkswirtschaftliche Angelegenheiten sprach Reichswirtschaftsminister **Wirth** über die wirtschaftliche Lage folgendes aus: Die **Wirtschaftslage** ist